NACHRICHTEN DER



31. JAHRGANG - NR. 341

SCHEIDING / SEPTEMBER 2009

Kontakt über: Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Vorsitzende: Ursel Müller, Sägewerk 26, 55124 Mainz-Gonsenheim.

ERSCHEINUNGSVERMERK

Die **HNG-NACHRICHTEN** erscheinen monatlich und haben allein die Gefangenenhilfe und Fälle staatlicher Repression zum Gegenstand. Die Ansichten einzelner Autoren und Leserbriefschreiber decken sich nicht immer mit den Ansichten der Schriftleitung und des HNG-Vorstands. Die Schriftleitung behält sich Kürzungen vor, wobei versucht wird, Sinnentstellungen zu vermeiden. Artikel und Briefe mit Namensnennung (auch Kürzel) werden von den Autoren verantwortet. Für irrtümlich abgedruckte Plagiate und unverlangt eingesandte Manuskripte und Beiträge wird keinerlei Verantwortung übernommen. Eine Rücksendung erfolgt nur bei beigefügtem Rückporto und nach Ermessen.
V.i.S.d.P.: Mareike Brauchitsch c/o Ursel Müller, Sägewerk 26, 55124 Mainz-Gonsenheim.
Die **HNG-NACHRICHTEN** bleiben solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden sind. Eine Zurhabenahme gilt ausdrücklich nicht als Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Im Falle des Anhaltens oder der Nichtaushändigung sind die **HNG-NACHRICHTEN** mit den Gründen der Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden. Mitglieder der HNG e.V. erhalten die **HNG-NACHRICHTEN** kostenlos, ausgenommen, sie sind mindestens 6 Monate mit ihrem Monatsbeitrag im Rückstand. Außenstehende können Einzelexemplare zum Preis von 3,— Euro beziehen (Jahresabonnement: 31,— Euro für 12 Ausgaben). Es handelt sich jeweils um Selbstkostenpreise einschließlich Versandkosten. Die **HNG-NACHRICHTEN** sind ebenso wie die HNG e.V. kein kommerzielles Unternehmen. Eventuelle Überschüsse werden für die karitative Arbeit im Sinne der Satzung der HNG e.V. verwendet.

Ein Richter, der für ein bloßes Meinungsdelikt eine langjährige Haftstrafe verhängt, begeht einen unerträglichen Willkürakt und damit Rechtsbeugung ...
... Rechtsbeugung ist schweres Unrecht. Wenn Rechtsbeugung aber zu Freiheitsentzug führt, handelt es sich um schwerstes kriminelles Unrecht!
(Bundesverfassungsgericht, Az. 2 BvR 2560/95)

UNBEDINGT BEACHTEN!
Neue Wohn- oder Postanschrift bitte sofort dem HNG Vorstand mitteilen! Solltet Ihr einmal keine Post von uns erhalten so gebt uns bitte umgehend Bescheid.

Es gelten folgende Beitragssätze für Mitglieder der HNG:

ermäßigter Monatsbeitrag für sozial Schwache wie Arbeitslose, Lehrlinge, Umschüler etc. **4,- Euro**

für Normalverdiener, **7,- Euro**

Bilanz des BRD-Regimes:

108.562 politische Verfahren wegen Meinungsdelikten (in den letzten zwölf Jahren!)

Das sind allein 108.562 gute Gründe, die HNG zu unterstützen!

Unsere Forderung lautet:

Freiheit für alle verfolgten Nationalisten!

Schluß mit der Gesinnungsjustiz!

RUDOLF HESS - MÄRTYRER DES FRIEDENS



Als Parlamentär hielten sie Dich 46 Jahre lang schlimmer als ein Tier, menschenunwürdig in ihrem Isolationskäfig, brachen ihre eigenen Gesetze – das Völkerrecht!

Kalt läßt die Antimenschen des deutschen Menschen Schicksal. Für sie und Rudolf Hess: Weder Recht noch Menschlichkeit!

Nach 46 Jahren freilassen, wollte Dich der Russe, aber Du wußtest zuviel von den Lügen gegen das Reich. Ermordet haben sie Dich darum. Deine Mörder kamen vom anglo-usraelischen Geheimdienst.
Totgeschwiegen wird es von den Democraten. Verleumdet wirst Du. Am meisten von den Verwaltern der - brddr –

Märtyrer des Friedens bist Du – Rudolf Hess – Träger der geschändeten Wahrheit in Deutschland und - überall in der Welt!

GEFANGENENLISTE

-n.G.- = neuer Gefangener, -n.A.- = neue Anschrift

Name	Anschrift
Ernst Zündel	Herzogenried 111, 68169 Mannheim
Sylvia Stolz	Oberer Fauler Pelz 1, 69117 Heidelberg
Horst Mahler	Abteistr. 10, 86687 Kaisheim -n.A.-

Ausland und BRD-Postausland

Name	Anschrift
Fröhlich Wolfgang	JVA-Josefsstadt/Wickenburggasse 18-22, A – 1082 Wien
Honsik Gerd	JVA-Josefsstadt/Wickenburggasse 18-22, A – 1082 Wien
Killen Edgar Ray	#112906, C.M.C.F., Unit 3 Max, PO Box 88550, Pearl MS 39208, USA
Melton Christopher	TDCJ # 1097949, Central Unit, One Circle Drive, Sugarland, Texas 77478, USA
Priebke Erich	Associazione Uomo e Libertà, Sg. E. Priebke, Via Cardinal San-Felice N 5, I-00167 Roma
Scutari Richard	# 34840-080, U.S.P. CMU, P.O.BOX 1000, Marion, IL, 62959, USA
Trevor Thompson	#11434 - 1946, West U.S. Highway 40, Greenkastle, IN 46135, USA
Ron Bach Shelby	# 547789, Bill Clements Unit, 9601 Spur 591 Amarillo, TX 79107-9606 USA

Briefkontakt wünschen

Name	Anschrift
Bake Daniel	Gartenstr. 26, 48147 Münster
Baumann Thomas-Horst	Hermann-Herder-Str. 8, 79104 Freiburg -n.G.-
Dahl Sebastian	Seidelstr. 39, 13507 Berlin
Diesner Kay	Marliring 41, 23566 Lübeck
Fiedler Marcel	Ausbau 8, 16835 Wulkow -n.G.-
Ganser Manuel	Hinsistobel 34, 88212 Ravensburg/Hinzistobel
Großkopf Rene	Markgrafenallee 49, 95448 Bayreuth
Henning Steve	Haus 2 JVA Friedrich, Obricht-Damm 15-16, 13627 Berlin
Kahlin Sven	Möhlendyck 50, 47608 Geldern
Kietz Bruce	Schnöggersburger Weg 1, 39699 Uchtspringe
Kreitmair Michael	Abteistr. 10, 86687 Kaisheim
Köhler Alex	Deutzener Str.80, 04565 Redis-Bretingen -n.G.-
Köper Florian	Werner v. Siemens-Str. 02, 92224 Amberg
Kurth Alexander	Leinestr. 111, 04279 Leipzig
Lehnertz Daniel	JVA Rohrbach, Peter-Caesar-Allee 1, 55597 Wöllstein
Leipski Hendrik	Station 64 / Goslarsche Landstr. 60, 31135 Hildesheim

Löffelbein-Rensch Tim	Hermann-Herder-Str. 8, 79104 Freiburg
Meinelt Matthias	Anton-Saefkow-Allee 22, 14772 Brandenburg
Milde Stefan	Am Salztor 5, 06618 Naumburg
Neubacher Martin	Hermann - Herder Str. 8, 79104 Freiburg
Nowack Markus	Langwiedenweg 46, 59487 Werl
Ockenga Christian	Ameos Klinikum, Knollstr. 31, 49088 Osnabrück
Oeltze Oliver	Seidelstr. 39, 13507 Berlin
Russer Alexander	Münchener Str. 29, 85435 Erding
Senglaub Sascha	Anton-Puschkin-Str.7, 99334 Ichlershausen -n.G.-
Schulz Marcel	Werner-v.-Siemens-Str. 2, 92224 Amberg -n.G.-
Schillok Lutz	Seidelstraße 39, 13507 Berlin
Schneeweiß Christian	Tündersche Str. 50, 31789 Hameln
Schumacher Martin	Herzog-Ried-Str. 111, 68169 Mannheim
Schunke Philipp Marc	Schnedebruch 8, 31319 Sehnde
Theobald Rene	Seidelstr. 39, TA2, 13507 Berlin
Tulke Heiko	Nordring 02, 95445 Bayreuth
Weigel Florian	JVA Oslebshausen, Sonnenstr. 02, 28239 Bremen
Wiese Martin	Markgrafenallee 49, 95448 Bayreuth
Wirth Mathias	Möhlendyck 50, 47608 Geldern
Zimmermann Ingo	JVA Halle 3, Wilhelm-Busch-Str. 38, 06118 Halle
Zollonds Dirk	JVA Lauerhof, Marli-Ring 41, 23566 Lübeck -n.A.-





Unsere Kameraden
Susanne und Carsten Schmidt

haben am 08.08.2009 geheiratet.

Wir gratulieren ganz herzlich.

BRIEFE AN DEN VORSTAND

Wichtig: *Die hier veröffentlichten Briefe an den HNG-Vorstand geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers bzw. Schriftleiters wieder. Namentlich gekennzeichnete Schreiben werden von den Verfassern verantwortet. Grundsätzlich gelten alle Schreiben an die Schriftleitung als Leserzuschriften, es sei denn, es ist ausdrücklich etwas anderes vereinbart.*

Brief von Alex

Liebe Kameradin Ursel!

Dein getreuer Brief hat mich am heutigen Tag erreicht und wie immer habe ich mich sehr über Deine Zeilen gefreut. Vielen Dank auch für die Briefmarken und die beiden Karten.

Ja, dieses dumme und umerzogene Volk will einfach nicht verstehen, wie schlecht es um unser Land gestellt ist. In diesem System denkt jeder nur an sich selbst, von einer Volksgemeinschaft sind wir meilenweit entfernt. Mit diesem Volk ist keine nationale Revolution möglich, eigentlich hat dieses Volk den Untergang verdient. Dieses ganze Gesindel schimpft zwar an den Stammtischen auf dieses System, aber bei den Wahlen machen sie trotzdem alle ihr Kreuz bei einer Systempartei. Jedes Volk bekommt die Regierung, die es verdient hat! Ich bin mal gespannt wie die Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen verlaufen. In Sachsen wird der NPD wohl der wieder Einzug in den Landtag gelingen. In Thüringen liegt die Partei ja laut Umfrage bei 3%.

Gibt es denn schon neue Nachrichten, des geplanten HNG-Verbots betreffend? Das Collegium Humanum von Frau Haverbeck, wurde ja nun endgültig verboten. Die Verbotsverhandlung fand ja in meiner Heimatstadt Leipzig statt. An solchen Verboten sieht man deutlich, wie viel Angst dieser Staat vor der Wahrheit hat. Vor Frau Haverbeck habe ich Hochachtung sie läßt sich trotz Verfolgung und staatlicher Hetze nicht unterkriegen und kämpft auch weiterhin für die Wahrheit. An dieser Kameradin könnten sich einige Jungkameraden ein positives Beispiel nehmen. Einen Artikel zu dieser Thematik lege ich Dir bei.

So meine liebe Ursel das soll es erstmal von mir gewesen sein, wie immer freue ich mich schon auf Deine Antwort. Beste Grüße gehen auch an Kurt.

Mit nationalen Grüßen
Alex

Brief von Manuel

Liebe Ursel, lieber Kurt,

heute habe ich euren Brief vom 09.08. erhalten und mich sehr gefreut, wieder von Euch zu lesen. Ja, es ist wirklich heftig, wie das Landgericht entschieden hat. Trotz sämtlicher guter Prognosen und Stellungnahmen der JVA werde ich nicht entlassen! Man muß sich mal vorstellen, wie Krank das ist Alle im Vollzug tätigen Personen (Sozialarbeiter, Psychologen, JVA

Beamte und auch der Richter des Amtsgerichts!) befürworteten meine Entlassung.

Und wirklich niemand hat damit gerechnet, dass die Staatsanwälte mit ihrer absolut lächerlichen begründeten Beschwerde durchkommen werden! Nur mal ein paar Auszüge aus der „Begründung“ des Beschlusses des Landgerichtes:

„… somit ist festzustellen, dass der Verurteilte seit Jahren mit einschlägigen Straftaten auffällt.“ Oder auch folgendes: „Es ist daher aus Sicht der Beschwerdekammer derzeit zu erwarten, dass der Verurteilte in alte Verhaltensmuster zurückfällt und es somit zur Begehung neuer des Sicherheitsinteresse der Allgemeinheit erheblich gefährdende Straftaten kommen wird.“

Wirklich heftig, wie hier irgendwelche Behauptungen aufgestellt werden, ohne auch nur einen echten Grund gegen meine Haftentlassung zu nennen! Den Vogel schießen die Richter des Ravensburger Landgerichtes mit folgender Aussage ab: „Entgegen der Justizvollzugsanstalt vermag die Beschwerdekammer beim Verurteilten keine deutliche Nachreifung erkennen und eine positive Prognose kann derzeit nicht gestellt werden.“

Wirklich, wie kann man sich nur anmaßen, trotz aller positiven Dinge von seitens der Anstalt übe mich so zu entscheiden können? Ganz im politischen Zeitgeist haben die Politiker gegen mich entschieden und zu allem Überfluß wurden mir noch die Kosten des Beschwerde Verfahrens auferlegt!

SOLIDARITÄT

Weltweite Organisationen für nationale politische Gefangene:



Frankreich
Collectif d´ Entraide
aux Prisonniers
Europeens (C.E.P.E.)
B.P. 4-7187
F- 30914 NIMES
cedex 2

Spanien
Alternativa Europea
Ap. correos 877
08080 Barcelona

Serbien
SF/RGJ
P. Fah 138
35000 Jagodina

Neuseeland
Western Destiny
P.O. Box 1627
Parap. Beach

U.S.A.
Thule Publication
PO Box 4542
Portland OR 97208

Australien
Australian R.M.
PO Box 2047
Rockingham WA 6168

Liberty Rights Advocates
PO Box 713
JOHNSTOWN
OH 43031 USA

französisch-amerikanische Gefangenenhilfsgruppe
National Alliance
P.O. Box 90, Hillsboro, WV 24946
www.natall.com

„Toll“, wie Staatsanwaltschaft und Landgericht versuchen, mich um jeden Preis in Haft schmoren zu lassen.

Das ist wahre Gesinnungsjustiz, denn gingen es nach sicht der JVA, dann wäre ich bereits seit dem 17.Juli daheim. So aber muß ich den Sommer und meinen 23.Geburtstag hier drinnen Verbringen.

Am 08.09. und am 17.09. werde ich noch zwei Gerichtsverhandlungen haben. Ich werde versuchen dass ich zu Bewährung verurteilt werde (in dem ich eine gute Stellungnahme der JVA vorlege und noch eine genaue Verhandlungstaktik mit meiner Anwältin ausarbeiten werde). Und dann werde ich einen neuen Antrag auf vorzeitige Entlassung stellen. Zur Zeit fällt es mir wirklich sehr schwer, den Kopf nicht hängen zu lassen und das alles durchzuhalten, denn da sehe ich endlich wieder Licht im Dunkeln und dann geht es wieder gnadenlos bergab. Aber ich hoffe trotz allem, dass auch diese zeit (bald9 vorbei sein wird und ich wieder in mein Leben zurückkehren kann. Natürlich hoffe ich, dass es Euch beiden gut geht!? Und ich freue mich schon darauf, bald wieder von Euch zu lesen.

Bis dahin mit den besten Grüßen
Manuel

Die Verbotsmaschine der Roboter läuft wieder an

Mit einem Antrag im Bundestag forderte die FDP-Fraktion am 17. Juni 2009, das Verbot der HNG zu prüfen. Zitat aus dem Antrag: *„... verurteilt die Bestrebungen der HNG, rechtsextreme Häftlinge an der Resozialisierung zu hindern und sieht dies als gezielten Versuch an, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu erschüttern und fordert deshalb die Bundesregierung auf, zu prüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen eines Vereinsverbotes im Fall der HNG erfüllt sind und bei Feststellung eines positiven Ergebnisses ein entsprechendes Vereinsverbot aussprechen“.* Der Verbotsantrag der FDP-Fraktion um Guido Westerwelle erfuhr am 1. Juli eine Absage. Der „Extremismusexperte“ der FDP-Bundestagsfraktion Christian Ahrendt: *„Die so genannte große Koalition hat den Verbotsantrag ... in der heutigen Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages auf die lange Bank geschoben, so daß in dieser Legislaturperiode mit einer Entscheidung nicht zu rechnen ist.“*

Jeder ernsthafte und sachkundige Betrachter dieses bizarren Versuchs weiß, daß von der HNG zu keinem Zeitpunkt irgendeine ernsthafte Bedrohung für den Erhalt der Grundordnung dieser Republik ausging. Die HNG arbeitet bereits seit über 30 Jahren, ohne dabei jemals die politischen Verhältnisse in der Nachkriegsrepublik meßbar destabilisiert zu haben - dies wäre auch nie Aufgabe oder Ziel der HNG gewesen, die noch nicht einmal im aktuellen Verfassungsschutzbericht

erwähnt wird. Wir müssen uns trotzdem mit den Gefahren eines Verbotsverfahrens auseinandersetzen, um auf mögliche Winkelzüge gut vorbereitet zu sein.Nach dem Vereinsgesetz gibt es die Möglichkeit eines überraschenden Verbotes durch Zustellung der Verbotsverfügung, oder aber die Durchführung eines ausgedehnten vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahrens im Vorfeld eines Verbotes, in dessen Verlauf der Verein mit Durchsuchungen zur Auffindung von Beweismitteln und weiteren Ermittlungen überzogen wird.

Dazu heißt es im § 3 (5) Vereinsgesetz: *„Die Verbotsbehörde kann das Verbot auch auf Handlungen von Mitgliedern des Vereins stützen, wenn 1. ein Zusammenhang zur Tätigkeit im Verein oder zu seiner Zielsetzung besteht, 2. die Handlungen auf einer organisierten Willensbildung beruhen und 3. nach den Umständen anzunehmen ist, daß sie vom Verein geduldet werden.“* Deswegen ist den Mitgliedern jetzt schon dringend anzuraten, sich auf staatliche Maßnahmen vorzubereiten und wie gewohnt auch in Zukunft alles zu unterlassen, was der HNG im Sinne der obigen Vorschrift schaden könnte. Um die HNG nicht kampflos aufzugeben, sollen vorbereitete Rechtsanwälte vor den Gerichten alle Möglichkeiten und Rechtsmittel gegen Maßnahmen im vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahren und einem etwaigen Verbot einsetzen. Gerade in dieser Lage ist insbesondere auch die Solidarität nationaler Medien gefragt, um die Öffentlichkeitsarbeit der HNG gegen Repressionen und Verbot zu unterstützen und einem breiten Publikum vorzustellen. Mit Abscheu und Verachtung sehen wir jetzt wie die Herrschenden - die sich in der ganzen Welt immer wieder gerne als Helfer für ausländische politische Häftlinge aufspielen - bei der Verfolgung nonkonformer Meinungen die letzte zivilisierte Maske fallen lassen, um sogar die Hilfe für Gefangene zu verbieten. Idealistische Gefangenenhelfer werden sich nicht durch ein formales juristisches Verbotsschreiben in Luft auflösen können oder vor den Altären des Systems auf die Knie fallen.

Erst recht nicht die betroffenen Gefangenen, denen dann jede Hilfe und Bindung nach draußen genommen werden soll, dem Umerziehungssystem der angeblichen „Resozialisierung“ zugeführt, ohne Möglichkeit der freien Entscheidung, die Haft mit Hilfe und Verbindung zu Kameraden selbstbestimmend zu gestalten. So manch Einer wird später nicht vergessen, was dieses System alles vergeblich versucht hat, die Kameraden zu beugen und zu brechen, doch dann wird es bereits zu spät sein.



„Strömt herbei ihr Völkerscharen ...“

Im Fall eines bedrohlichen Angriffs aus einem Nachbarstaat wollen die meisten Juden wieder nach Deutschland zurück und beantragen bereits jetzt vorsorglich einen BRD-Paß

Ja, sie wollen unbedingt ins „Land der Täter“, denn „sicher ist sicher“. Das kam jetzt ganz offen in einem Fernsehbericht (Panorama, ARD, 25.6.2009) an die Öffentlichkeit, und sie lachen dabei. Hören wir nicht tagtäglich von den Judenfunktionären, wie von Frau Charlotte Knobloch, daß sich die Judenheit wegen der „Täter-Deutschen in Gefahr befände?: Der „Zentralrat der Juden in Deutschland“ beklagt „Die Sensibilität im Umgang mit den Verbrechen an Juden hat abgenommen. Gegen antisemitische Tendenzen wird in Deutschland zu wenig getan. Es wird viel geredet, aber wenig gehandelt.“ (welt.de 27.12.2007). Andererseits lassen sich jüdische Israels in der Deutschen Botschaft in Israel BRD-Pässe ausstellen. Wie paßt das zusammen?

Im Klartext heißt das: Einmal mußten sie aus dem Land der „Täter“ flüchten, jetzt muß ihnen das Land der „Täter“ erneut Wohlstand und Zuflucht bieten. Und wer würde sich in der BRD diesem Wunsch verweigern wollen, „nach allem, was die Deutschen den Juden angetan haben“, so der Moderator.

Die amtlich genannte Zahl von nur Hebräisch sprechenden Juden, die mit einem BRD-Paß Zuflucht im „Land der Täter“ suchen wurde mit 100.000 angegeben. Also können wir davon ausgehen, dass es fünf Mal soviel sind.

Am Ende werden die meisten Juden aus Israel nach Deutschland kommen, meint PHL. Früher wurde in Israel damit geworben, dass es in der BRD für jeden Rück-Transfer-Juden ein Begrüßungsgeld in Höhe von 130.000 Euro geben würde. Große Wohnungen, Luxuseinrichtung, alles wird bezahlt. Die monatliche Unterstützung seitens des „Tätervolks“ dürfte sich in komfortablen Größenordnungen bewegen.

Noah Chorin wird in dem Fernsehbericht in einer exklusiv ausgestatteten Wohnung in Berlin gezeigt, wie sie sich die Zeit mit Musizieren vertreibt. Sie hat es nicht nötig zu arbeiten, das Geld aus BRD-Töpfen sprudelt offenbar reichlich. Das junge Mädchen spricht nur hebräisch, besitzt aber einen BRD-Paß. Panorama erklärt, dass ihr Großvater Friedel 1935 „aus Deutschland flüchten mußte“. Ein paar Szenen weiter überführen sich die Fernsehfälscher selbst. Sie erklären, dass die Einbürgerungsberechtigung davon abhängig ist, ob der/die Antragsteller NS-Ausreisepapiere der Großeltern bzw. Eltern vorweisen können.

Im Film heißt es: „Der Identitätsnachweis für viele Antragsteller: alte Pässe mit Judenstempel und Hakenkreuz.“ Ja, das waren die Ausreisepässe im Rahmen des Transferabkommens. Mit den Judenorganisationen wurden damals Verträge zur Auswanderung abgeschlossen. Dennoch handelt es sich bei den Enkeln der Ausgereisten um „Nachkommen von Holocaust-Überlebenden“ in dieser Sendung. Haben die Holocaust-Überlebenden in den KZ ihre Pässe behalten?

Die hohe Kunst der Chuzpe gab der Einbürgerungs-Anwalt Dan Assan zum Besten. Auf die Frage, warum die Juden die BRD-Pässe beantragen würden, antwortete er: „Es ist ganz gut, dass wir die richtigen Papiere haben. Die richtigen Papiere für den Notfall.“

Ist das nicht seltsam: Bis noch vor wenigen Jahren saßen immer alle Juden in der BRD auf „gepackten Koffern, aus Angst vor den Neonazis“. Seit man aber weiß, daß die Holo-Geschichte im ganzen Nahen Osten als „Lüge“ gesehen wird und deshalb nicht mehr dazu taugt, die Unterdrückung der Palästinenser auf ewig fortzusetzen, auch nicht mit „Ausrottungskriegen“, stellte man die Koffer, wie Friedman sagte, lieber wieder in den Schrank: „Die Generation der Überlebenden des Holocaust lebte in Frankfurt auf gepackten Koffern. Meine Generation hat den Koffer wieder in den Schrank gestellt.“ (FR 6.2002)

Die Israelische Rekrutin Rotem Pappe, auch eine Enkelin von Holocaust-Überlebenden, will zwar Kämpferin für die israelische Armee sein, doch sicherer als das „Land des Wahnsinns“ ist ihr ein Dasein unter Neonazis im „Land der Täter“: „Aber dieser Staat Israel ist irgendwie wahnsinnig; das Leben hier ist nicht normal. Den deutschen Paß habe ich, weil wir nicht wissen, was die Zukunft bringen wird.“ Und dann bereitet sie die Deutschen darauf vor, dass sie schon bald sechs Millionen „Überlebende“ aufnehmen und mit Wohlstand versorgen müssen: „Wenn jemand beschließt, uns mit Raketen zu befeuern ... dann werden wir eines Tages alle gehen.“ Wohin, na, drei Mal darf der politisch korrekte Deutsche raten.

Galit Juli, die Tochter einer anderen überlebenden Auswanderin, hatte wenig Hemmungen vor der Kamera. Sie erzählte, dass sie den Deutschen „frech sage, daß sie ais hebräisch sprechende Jüdin so deutsch ist, wie die echten Deutschen, basta: „Frech wie ich bin, habe ich gesagt, ich bin nicht nur Israelin, ich bin Deutsche, genau wie ihr.“ In anbetracht des anstehenden Rücktransfers von sechs Millionen Juden aus Israel, stockte bei dieser Androhung sogar den Gutmenschen der Atem, wie Galit Juli triumphierend vor der Kamera prahlte: „Da haben mich sogar die Fernseh-Reporter entsetzt angeguckt.“

Quelle:
PHI



UN-Recht durch 60 Jahre Grundgesetz

Prof. DDr. Klaus Sojka

Eigentlich ist nur bekannt, daß lediglich Ungeborene - legal oder illegal — abgetrieben werden, was zu bedauern ist. Daß aber einem Gebilde, das nicht das Licht der Welt erblickt hat, also etwa einem Fetus oder — wie der Jurist sagt — einem Naszitурus, eine Feier zum Wiegenfest zuteil wird, ist erstmalig. Bewährt hat sich allerdings schon mehrfach die Methode, vorhandene Daseinslücken durch lautes, donnerndes Pathos zu überdecken. Ein solches Feuer - oder richtiger: Blendwerk - wird uns gegenwärtig aufgenötigt.

Vor 60 Jahren, am 23.5.1949, wurde in Bonn das **„Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland"** beschlossen. Den Text hatte auf Geheiß der westlichen Besatzungsmächte der Parlamentarische Rat in allerdings deutscher Wertarbeit zusammengestellt und den damals bestehenden Landtagen zur Annahme zugeleitet. Nachdem diese mit mehr als zwei Dritteln zugestimmt hatten, wurde das Grundgesetz vom Präsidenten des Parlamentarischen Rates ausgefertigt und im Bundesgesetzblatt verkündet. Gleich nach diesem Vorgang äußerten namhafte Mitglieder des Gremiums erhebliche Skepsis hinsichtlich dieses Regelwerks. Es wurde bis heute nicht dem Deutschen Volk zur direkten Abstimmung zugeführt, sondern mit dem in der Präambel und in Artikel 146 verbrieften Hinweis auf die Vorläufigkeit argumentiert. **Auch vor den Abstimmungen der damaligen Länder beschwichtigten die von Besatzungsmächten gestützten Propagandisten Bürger und Parlamentarier, sich am Ausschluß einer Volksabstimmung nicht zu stören, denn es gehe ja nur um ein Provisorium.**

Provisorium? Sofort nachdem die von den westlichen Siegermächten lizenzierten Parteien die „vorläufige" Macht zugespielt erhielten, gingen sie daran, das Erhaltene mit allen Mitteln der juristischen Auslegungen und Deutungen zu verankern und auszuweiten. Sie ernannten sich - immer unter dem Deckmantel der „Demokratie" und „Toleranz" - zu Gouvernanten des Volkes, das nichts anderes mehr durfte, als alle vier Jahre die von ihnen zugelassenen Listen abzukreuzen. Dem geneigten Betrachter drängen sich Erinnerungen an Gängigkeiten von früher auf, als Analphabeten anstelle ihrer Unterschrift drei Kreuze aufs Papier kritzelten.

Die Ausschaltung des Volkes

Im Mai diesen Jahres waren zwei „Geburtstage" fällig. Denn außer dem Absetzen des Grundgesetzes mußte auch der Deutschlandvertrag vom 5. Mai 1955 feste gefeiert werden, der der BRD „die Stellung eines souveränen Staates" (Meyers Taschenlexikon) beschert haben soll. Volle Souveränität (denn eine teilweise wäre ein Nonsens) für ein Provisorium? Und

„Stellung“ eines souveränen Staates - was soll das sein?
Da müssen wieder die Begriffsakrobaten her, die alles zurechtbiegen können. Als Beispiel für die Abart, klare Texte ins Gegenteil zu verdrehen, sei die Auslegung des Art. 20 Absatz 2 des Grundgesetzes (GG) herangezogen. Diese Bestimmung lautet wörtlich: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe und Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung ausgeübt.“ , Es folgen zwei weitere Absätze, deren Inhalt hier nicht wichtig ist.
Das liest doch jeder Nichtanalphabet selbstverständlich so, wie es geschrieben und gemeint ist, nämlich in der Reihenfolge, wo das Vorrangige vorn, das Nachrangige dahinter steht. Demnach wird „alle“ Staatsgewalt vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt und nur Unwichtigeres besonderen, nicht näher bestimmten „Organen“ zugeteilt. Ist das nicht völlig klar? Aber das soll nicht sein, weil ausschließlich die Gouvernanten und ihre Drahtzieher mannigfacher Art das Sagen haben wollen - und sonst niemand.

Und so haben selbst in elementaren Schicksalsfragen wie Beitritt zur NATO, Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, Neutralitäts-Ausschlagung, Abschaffung der D-Mark und Zwangsbeitritt zur EU als künstlichen Überstaat die wahlberechtigten Deutschen nur in die Röhre geschaut und sogar die offene Dreistigkeit hinnehmen müssen, daß die „Abgeordneten“ dem deutlich erkennbaren Volkswillen zuwider handelten und zustimmten, obwohl die Mehrheit des Volkes dagegen war.

Zurück zum Geburtstag

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ist Staats- und völkerrechtlich niemals in Kraft getreten; es ist ein Nullum, die BRD wurde also nicht geboren.

Denn die damaligen Länder waren nach ihren Verfassungen nicht ermächtigt, den vom nicht gewählten Parlamentarischen Rat unter Aufsicht der westlichen Besatzungsmächte erarbeitenden Quasi-Verfassungstext anzunehmen (Bayern hat seinerzeit dagegen gestimmt, sich allerdings der Zwei-Drittel-Mehrheit unterworfen). Vor allem wurde der Grundgesetz-Text, auch wenn er als nur vorläufig hingestellt wurde, der Volksabstimmung entzogen und damit der wirkliche Sinn des eigenen Art. 20 verletzt. Die BRD war also zu keinem Zeitpunkt ein Staat, weil sie keine gültige Verfassung aufweist.

Zwischendurch sei hier erwähnt, daß die Deutsche Demokratische Republik (DDR), die hier mangels Geburtstags-Anwandlungen nicht abzuhandeln ist, laut Schlußsatz nach Art. 108 ihrer Verfassung vom 6.April 1968 diese dem Volk zur Abstimmung unterbreitet hat. Am 08.04.1968 wurde sie verkündet.

Selbst wenn vom wirksamen Inkrafttreten des Grundgesetzes (etwa „konkludent“ durch die erste Bundestagswahl, was staatsrechtlich ein Unding

wäre) ausgegangen würde, wäre es spätestens mit dem Zeitpunkt der Wiedervereinigung außer Kraft getreten. Heißt es doch in seinem Art. 146: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem die Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Bis „zusammenwuchs, was zusammen gehört" (nach Willy Brandt), konnten sich die Gouvernanten bzw. Partei-Ölig-Archen den sehr merklich wachsenden Fetus in Gestalt des selbstbewußten Volkes vom Halse halten mit der Ausflucht, „von dem deutschen Volke", könne nur die Rede sein, wenn es nicht mehr zwei deutsche Staaten gäbe. Dieser Zustand ist seit dem Fall des Eisernen Vorhangs beendet. Gleichwohl wird völkerrechtswidrig, also verfassungsbrecherisch, die direkte Abstimmung über eine Verfassung geradezu brutal verweigert, die vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist. Diese ungewöhnliche Situation ist denkwürdig. Geht es hier nur um den uneingeschränkten Machterhalt der Herrschenden? Oder ist infolge geheimer Kungeleien eine „freie Entscheidung" des Volkes gar nicht möglich, obwohl die BRD als nur faktisch und nur auf Besatzungsmacht existierendes Gebilde „die Stellung eines souveränen Staates" einnehmen soll? Ein Schelm, wer dabei Böses denkt...

Hier müssen es also wieder die juristischen Magier richten. Ihr Konstrukt sieht so aus: Eine Wiedervereinigung und damit ein einheitliches deutsches Volk haben Mauer - und Vorhangsfall nicht gezeitigt. Denn die DDR sei doch der BRD nur „beigetreten", so daß sich an der Rechtslage nichts geändert habe. Und flugs wurde (selbstredend wieder am Volke vorbei) der Art. 146 GG geändert. Er lautet jetzt: „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist." Es wurde also schlicht und einfach die Einheit und Freiheit Deutschlands abgehakt und damit die verheißene Verfassung auf den Nimmerleinstag abgeschoben, so daß der gegenwärtige Machtzustand ungeschoren erhalten bleibt. Doppelt genäht hält besser. Und so mußte auch die Präambel dran glauben. Hier wurde - auch unter Berufung auf Gott - dergestalt frisiert, daß „sich das Deutsche Volk Kraft seiner verfassungsgebundenen Gewalt dieses Grundgesetz gegeben" hat. Es hätten die Deutschen in allen gegenwärtigen Bundesländern in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit vollendet; damit gelte das Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk. Ist das noch zu fassen? Das Volk wird mit allen juristischen und politischen Tricks von der Willensbildung weggesperrt, und tollkühn wird die Behauptung dokumentiert, wir hätten in freier Selbstbestimmung mitgemacht!

Näheres hierzu und zum Folgenden ist ausgeführt im Buch: „Die BRD ist kein Staat", das der Verfasser dieser Zeilen im Jahr 2008 veröffentlicht hat.

Selbst wenn vom wirksamen Inkrafttreten des Grundgesetzes (etwa „kon-

kludent“ durch die erste Bundestagswahl, was staatsrechtlich ein Unding wäre) ausgegangen würde, wäre es spätestens mit dem Zeitpunkt der Wiedervereinigung außer Kraft getreten. Heißt es doch in seinem Art. 14b: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem die Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Das bloßgestellte Volk

Die Mißachtung des Deutschen Volkes und seiner Menschenwürde unter dem fadenscheinigen. Lappen der Demokratie und Toleranz wird vor aller Welt beim Theater der Wahl des Staatsoberhauptes aufgeführt: Obwohl der Bundespräsident rechtlich ein nicht existierendes Wesen ist, weil das GG keine Gültigkeit hat, wird auch er der direkten Wahl durch das Volk entzogen. Und weil der BRD-Repräsentant so gut wie gar nichts zu sagen hat, kann selbst ein Polit-Analphabet nichts falsch machen. Wenigstens hier müßte doch der Schein einer Volksherrschaft zugelassen werden. Weit gefehlt! Den Bundespräsidenten wählt nicht der Wähler, sondern die Bundesversammlung, und diese setzt sich - bürgerfern - zusammen aus Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden.

Wieso ist auch das noch demokratisch? Vor allem die letztgenannten Entsandten brauchen keine Parlamentarier zu sein. Sie können Sportler, Künstler, Schädlingsfänger oder sonst was sein, oder aus kirchlichen oder gewerkschaftlichen Kreisen kommen. Wie sollen diese Präsidenten-Kürer den Willen der anderen Bürger(innen) umsetzen, wenn man sie überhaupt nicht beeinflussen kann, man sie und ihren Standpunkt gar nicht kennt? Ist auch hier der Grundsatz des totalen Weghaltens maßgeblich?

Prof. Dr. Bernd Rabfehl hat in der „National-Zeitung“ vom 17.4.2009 einen aufschlußreichen Artikel veröffentlicht, dessen Kenntnisnahme empfohlen wird, auch wenn sich seine und die Meinungen des Verfassers nicht überall decken. Zur Wahl des BRD-Staatsoberhaupts schreibt er, Köhler sei als „Amerikaner“ und international tätig gewesener Banker am derzeitigen Banken-Skandal mit beteiligt. Karrierefrau Professorin Schwan gebe das ideale Bild der Alibifrau in der Parteipolitik ab. Sie habe wiederholt zu verstehen gegeben, daß sie Glücksgefühle überkämen, wenn sie sich mit Moden, Schmuck und schönen Frisuren präsentieren oder sich in edle Kleider hüllen könne.

Die Kasse müsse aber stimmen. Ihre kleinen Eitelkeiten und ihr Mediengebaren legten Zeugnis ab, daß sie das Präsidentenamt auf eine Talkshow verengen würde. Der Kandidat, der Linkspartei sei schon deshalb gut, weil er als Schauspieler und Komiker die ganze Prozedur der Wahl zur Satire gemacht habe. Den Kandidaten der NPD und DVU, einen bekannten Liedermacher, erwähnt Rabehl nicht; er selbst hat eine ursprünglich zugesagte Kandidatur für die nationalen Parteien schließlich abgesagt.

Die Bundesversammlung wählt den

Bundespräsidenten ohne Aussprache, so daß auch an dieser Stelle jede Einflußnahme, selbst eine indirekte, abgeblockt ist. Angenommen: Wir als, Mitglieder des Wahlvolks möchten keinen der nominierten Bewerber, sondern eine oder einen aus unserer Mitte. Alle uns zugesicherte Staatsgewalt hilft indessen nicht, weil wir in Wirklichkeit nichts zu sagen haben.

Unser Wille

Das Deutsche Reich mindestens in seinen Grenzen von 1937 besteht fort, und es ist die völkische Pflicht jeder und jedes Deutschen, das gegenwärtig handlungsunfähige Reich mit neuem, aufbruchfreudigen Leben zu erfüllen, damit seine althergebrachten Werte, seine kulturellen, technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften, daß seine Sprache, Lieder, Märchen und Visionen erneut Wirklichkeit werden auch in einer in Freiheit und Würde beschlossenen Verfassung. Ein Reich ohne NATO, EU und Feindstaaten-Klausel, ohne Schuld- und Sühnekomplexe, ein Reich aller Deutschen. Dann erst ist der Zeitpunkt für eine Geburtstagsfeier gekommen.

Quelle:VOLK IN BEWEGUNG
Ausgabe 2/2009

Im Namen des **Deutschherrenklubs** gratulieren wir unserem
Bruder, Freund und Anführer, Andreas J. Voigt,
und dessen treue Gefährtin, Jenny,
zur Geburt ihrer Tochter,
die am **14. Juni 2009** das Licht der Welt erblickte!
Ihr Name: **Viktoria Wilhelmine Voigt**...
... mögen die Götter über diese kleine Prinzessin wachen!
Im Auftrag des Inneren Kreises, Wilhelm Graf von Hofstetter

Auch im Namen der HNG alles Gute.

MLPD, DKP, DIE LINKE UNWÄHLBAR!

Demnächst ist wieder Bundestagswahl. Aus diesem Anlaß warnen wir vor kommunistischen Parteien und Dachverbänden, indem wir uns ihrem Grundsatz widmen.

Viele Menschen haben, zu Recht, ihr Vertrauen in etablierte Parteien, wie CDU, SPD, FDP und Grüne, verloren. So sind Wahlversprechen nicht mehr als leere Phrasen, um Wählerstimmen zu bündeln. Die antretenden Parteien schaffen im Vorfeld eines Wahlganges Unterschiede zu ihren Kontrahenten, sie grenzen sich ab um sich hervorzuheben. Dabei besitzen allerdings alle

Parteien den gleichen Grundkonsens. Dieser ist demokratisch und kapitalistisch. Die heute auftretenden Ungerechtigkeiten, von Hartz IV über Massenentlassungen bis hin zu Verwahrlosung und Ghettoisierung unserer Städte sind keine Fehler im System, die durch dasselbe System behoben werden können. Diese Zustände sind wahrnehmbare Beweise für die Unfähigkeit und Unbeständigkeit des herrschenden politischen Systems. Der Kapitalismus fußt auf der Unterdrückung des Volkes, zur Gewinnmaximierung einer finanzpolitischen Klasse. Daher kann auch nur jene Partei sich abgrenzen, welche sich von Demokratie und Kapitalismus lossagt. Dies ist allerdings durch das Gesetz untersagt, welches besagt, daß Parteien sich zur demokratisch-freiheitlichen Grundordnung bekennen müssen.

Daher ist ein Aufkommen neuer politischer Bewegungen unmöglich. Kommunistische Parteien bemächtigen sich heutzutage eines irreführenden Populismus. Sie bewegen sich grundsätzlich im selben politischen Konsens wie die restlichen Parteien, setzen in ihren Parolen und Programmen allerdings auf unrealisierbare Sozialforderungen innerhalb des maroden Systems. Diese Utopien wirken verführerisch auf das Volk, welches geknechtet durch den Kapitalismus sich nach Freiheit sehnt. Doch hinter diesen utopischen Zielen steht jener Kommunismus, jenes kommunistische Manifest von Karl Marx, durch welches bereits mehr als 100 Millionen Menschen ihr Leben verloren. Jeder realexistierende Kommunaismus, ob China, Russland, Kambodscha, Nordkorea usw. endete in Brudermord innerhalb der eigenen Ländergrenzen. Dies beruht auf dem propagierten ,,Klassenkampf" von Karl Marx, welcher die Ungerechtigkeit des Kapitalismus in der falschen Geldverteilung sieht. Er ruft dahingehend die unteren ,,Klassen" zum Kampf gegen die führenden ,,Klassen" auf. Dies endete in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg in einer Räterepublik, welche sich durch Plünderungen, Mord und Verwüstung auszeichnete. Parteien wie die DKP berufen sich noch heute auf jene Räterepublik und fordern ein ähnliches System für das heutige Deutschland.

Wir sehen im Kapitalismus allerdings den Todfeind jedes schaffenden Volkes, unabhängig der Geldverteilung in desselbigen. Die Einordnung des Volkes in Klassen geschah erst durch diesen Kapitalismus. Ein Kampf sollte sich demnach nur der generellen Klasseneinordnung widmen, denn - wir Deutsche sind Brüder! Der Kapitalismus muß gebrochen werden, um gerechte Arbeit für gerechte Löhne zu schaffen. Geld darf lediglich Tauschmittel sein, und nicht Spielball von Zins und Zinseszins. Daher weg mit der Zinsknechtschaft - weg mit Klassen und Rängen! Kommunismus ist kein Ausweg, auch reagiert staatskapitalistisch, indem er lediglich das Geld um verlagert, das System aber nicht beseitigt. Ihre Ziele und Forderungen mögen himmlisch klingen, doch sind gerade sie verantwortlich für die Zustände heutzutage. Nur ein neues politisches System, fernab von Kommunismus und Kapitalismus, kann Abhilfe langzeitig schaffen!

WWW.ANTIKOMMUNISMUS.INFO

VERNETZUNG

Deutsches Rechtsbüro
www.deutsches-rechtsbüro.de
Bildungswerk Hoffmann v. Fallersleben
www.fallersleben-bildungswerk.de
Exilstaat VODR (GDO, NDO, StDO)
www.vodr.net
Informelle Vernetzung für den Widerstand im Norden
www.netzwerknord.com
Soziales u. Nationales Bündnis Pommern
www.snbp.info
Die Kommenden/Triskele
www.die-kommenden.net/triskele
Zeitgeschichtliche Bücher
www.privatarchiv-rueckert.de
Gemeinschaft Deutscher Frauen
www.g-d-f.de
Aktionsbündnis Mitteldeutschland
www.nwbb.org
Arbeitskreis Computertechnik im Freistaat Preußen
www.preussen.forum8.biz
Nationales Bündnis Dresden
www.nationales-buendnis-dresden.de
Nordisches Hilswerk
www.nordischeshilfswerk.org
NPD-Wetterau
www.npd-wetterau.de
NPD-Mecklenburg und Pommern
www.npd-mv.de
Holsteiner Widerstand
www.holsteiner-widerstand.tk
Bücherherold
www.buecherherold.com
Lausitz Infos
www.lausitz-infos.net
UN Nachrichten
www.un-nachrichten.de
Freier Widerstand Bergisches Land
www.fw.nationales-netz.com
NPD Emsland / Grafschaft Bentheim
www.npd-emsland-bentheim.de
Nordland Verlag
www.nordland-verlag.com

BUCHEMPFEHLUNG



Argens, Gebt unser Geld zurück!
Was kommt, wenn die globalen Rettungsmaßnahmen im Finanzwesen fehlschlagen? Ähnliche Zustände wie 1923? Wer rettet die Bürger vor Regierungen und Zentralbanken, die Staaten in den Bankrott führen oder damit beginnen, ihre Schulden mit Hilfe der Notenpresse zu begleichen?
Art.Nr.: PD-01983 EURO 19,90,-



Ulfkotte, Vorsicht Bürgerkrieg!
In diesem Buch lesen Sie, in welchen Gemeinden, Städten und Stadtteilen Deutschlands die Bundesregierung zukünftig innere Unruhen erwartet. Die Gründe dafür sind unterschiedlich: Finanzcrash und Massenarbeitslosigkeit, Werteverfall, zunehmende Kriminalität, Islamisierung, ständig steigende Steuern und Abgaben, der Zusammenbruch von Gesundheits- und Bildungssystem und die vielen anderen verdrängten Probleme werden sich entladen. Linke gegen Rechte, Arme gegen Reiche, Ausländer gegen Inländer, mittendrin religiöse Fanatiker - das explosive Potenzial ist gewaltig.
Art.Nr.: PD-01987 EURO 24,95,-

Zu Bestellen beim Pommerschen Buchdienst
Pasewalker Str.36 - 17389 Hansestadt Anklam
Tel. & Fax 03971/241533 - Mobilfunk 0175/2505352
Weltnetz: www.pommerscher-buchdienst.de

SCHWARZE LISTE

Brusch/Morgenstern
Barth Sven
Berger Sebastian
Dietrich Robert
Fromm Stefanie
Gerboth Christian
Glaser Sebastian
Hartmann Katja
Hohmann Andre
Huter Simon
Haase Sven
Krautheim Jörg
Levien Pierre
Naggy Stefan
Niemann Ronny
Sommer Rainer
Schiefelbein Denise
Schröder Daniel
Schmisrauter Manuel
Strache Marko
Stamm Nina
Teichmann Lars



Nicht die Tat war am Anfang.
Nichts Großes ist in der Welt,
das nicht zuerst gedacht wurde.
Am Anfang ist der Gedanke,
und der Glaube, der Berge versetzt,
läßt ihn zur Tat reifen.





Aus Sicherheitsgründen wird in den „HNG-Nachrichten“ ab sofort keine Bankverbindung mehr veröffentlicht. Nähere Informationen bei Ursel Müller, Am Sägewerk 26, 55124 Mainz-Gonsenheim





WICHTIGER HINWEIS:
Bei Geldspenden an Kameraden immer erst mit diesen Rücksprache halten!
Niemals einfach an die Haftanstalten überweisen.
Das Geld könnte in die falschen Hände geraten!



Neue Wohn- oder Postanschrift bitte sofort dem HNG Vorstand mitteilen.

Ein Nachsendeauftrag den ihr bei der Post beantragt heißt nicht, daß wir eure neue Anschrift dadurch erfahren.

Ihr müßt uns eure neue Adresse/Anschrift persönlich mitteilen!



...sagt der Vorstand der HNG
allen Kameradinnen und Kameraden,
insbesondere
N. Kl. – G. Sch. – St. Wieg. – C. Schmi.
– für ihre Geld- und Sachspenden, mit denen sie die Gefangenenhilfe unterstützt haben.

DAS KETZERBREVIER

Den anglo-usraelischen Geistesvergiftern der Deutschen Jugend ebenso ins Stammbuch wie den gleichen Umerziehungsverbrechern am Deutschen Volk:

Die heute aus - brddr - Schulen treten -
sind nicht mehr als bessere
Analphabenten.
Was von den Uni's wird geboten -
keine Geistesgrößen sondern Fachidioten.
Aus Deutschen Studenten wurde müde Tanten -
kastriert von 33er Emigranten.
War Deutsche Lehre einst Vorbild der Welt -
zum Saustall heute ist sie bestellt.

Bitte hier abtrennen und einsenden an: Ursel Müller, Sägewerk 26, D - 55124 Mainz-Gonsenheim

ANTRAG AUF MITGLIEDSCHAFT

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene (HNG) e.V. Die Mitgliedschaft beginnt mit der Bestätigung dieses Antrages.

☐ Von der Satzung des Vereins habe ich Kenntnis genommen.
☐ Die Satzung soll mir zugeschickt werden.

NAME:	VORNAME:
GEBURTSTAG:	GEBURTSORT:
WOHNORT:	STRASSE:
BERUF:	TELEFON:
E-POST-ADRESSE:	MOBIL-TELEFON:
DATUM:	UNTERSCHRIFT:

Es könnte von Vorteil sein, wenn Sie uns die Anschrift des/der nächsten Angehörigen mitteilen.

NAME und ANSCHRIFT: